

Niederschrift



Sitzung des Rates der Stadt Bornheim am Donnerstag, **24.01.2013**, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	07/2013
Rat Nr.	1/2012

Anwesende

Bürgermeister

Henseler, Wolfgang SPD

Mitglieder

Bandel, Helga CDU-Fraktion
Berg, Peter van den
Breuer, Paul
Deussen-Dopstadt, Gabriele Bündnis90/Grüne
Donix, Michael CDU-Fraktion
Dopstadt, Julian Bündnis90/Grüne
Feldenkirchen, Else UWG/Forum-Fraktion
Feldenkirchen, Hans Gerd UWG/Forum-Fraktion
Freynick, Jörn FDP-Fraktion
Gruneberg, Julia SPD-Fraktion
Hanft, Wilfried SPD-Fraktion
Heller, Petra CDU-Fraktion
Hönig, Heinrich CDU-Fraktion
Jaritz, Karin SPD-Fraktion
Keils, Ewald CDU-Fraktion
Kleinekathöfer, Ute SPD-Fraktion
Knott, Thorsten FDP-Fraktion
Koch, Christian FDP-Fraktion
Kretschmer, Gabriele CDU-Fraktion
Krüger, Frank W. SPD-Fraktion
Krüger, Ute SPD-Fraktion
Kuhl, Sebastian CDU-Fraktion
Kuhn, Arnd Jürgen Dr. Bündnis90/Grüne
Kuhnert, Uwe CDU-Fraktion
Marx, Bernd Bündnis90/Grüne
Montenarh, Stefan CDU-Fraktion
Müller, Heinz UWG/Forum-Fraktion
Nipps, Ursula CDU-Fraktion
Odenthal, Kurt CDU-Fraktion
Paschmanns, Dieter SPD-Fraktion
Paulsen, Michael CDU-Fraktion
Rech, Wilhelm CDU-Fraktion
Schmitz, Heinz Joachim Bündnis90/Grüne
Siebert, Hans-Martin FDP-Fraktion
Söllheim, Michael CDU-Fraktion
Stadler, Harald SPD-Fraktion
Stüsser, Peter CDU-Fraktion
Urfey, Josef SPD-Fraktion

bis TOP 22

ab TOP 13

ab TOP 3

Velten, Konrad	CDU-Fraktion
Wingenbach, Matthias	CDU-Fraktion
Wirtz, Hans-Dieter	CDU-Fraktion
Züge, Rainer	SPD-Fraktion

Verwaltungsvertreter

Brühl, Gerhard
 Cugaly, Ralf Kämmerer
 Hennings, Albrecht
 Schier, Manfred Erster Beigeordneter
 Schnapka, Markus Beigeordneter
 Winkler, Susanne

Schriftführerin

Altaner, Petra

Nicht anwesend (entschuldigt)

Pacyna, Michael Dr.	Bündnis90/Grüne
Schausten, Manfred	SPD-Fraktion

T a g e s o r d n u n g

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Einwohnerfragestunde	
3	Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 59/2012 vom 08.11.2012 und Nr. 70/2012 vom 06.12.2012	
4	Bebauungsplan Ka 03 in der Ortschaft Kardorf; Aufstellungsbeschluss	023/2013-7
5	Bebauungsplan Bo 21 in der Ortschaft Bornheim, 2. Änderung; Einleitungsbeschluss	032/2013-7
6	Bebauungsplan Bo 21, 1. Änderung in der Ortschaft Bornheim, Ergebnis der Unterrichtung der Öffentlichkeit; Offenlagebeschluss	395/2012-7
7	Bebauungsplan Nr. 101 D (Ortsteil Roisdorf); 4. Änderung; Einleitungsbeschluss, Beschluss zur Unterrichtung der Öffentlichkeit	067/2013-7
8	Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich des Bebauungsplanes He 29 in der Ortschaft Hersel	033/2013-7
9	3. Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Bornheim	022/2013-1
10	Entwurf des Kreishaushaltes für die Jahre 2013/2014	028/2013-2
11	Haushaltsplanungsprozess 2014 ff.	016/2013-2
12	Aktuelle Situation im kommunalen Finanzausgleich	021/2013-2
13	Auswirkungen des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes auf das Finanz- und Rechnungswesen	024/2013-2
14	Gesamtschule Alfter / Dependance mit Gesamtschulen in Bonn oder Bornheim	056/2013-4
15	Beteiligungsbericht 2011	027/2013-2
16	Zustimmung gemäß § 83 GO zur Leistung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen zur Gewährung eines Bau- und Betriebskostenzuschusses für den Bau eines Kunstrasenplatzes in Walberberg innerhalb der Produktgruppe 1.08.01 -Sport-	034/2013-1
17	Ergänzungswahlen zu verschiedenen Ausschüssen	066/2013-1
18	Anregung nach § 24 GO ohne Datum (Eingang 28.08.2012) betr. Störung der Nachtruhe im Bereich Parkplatz Friedrichstraße in Roisdorf	462/2012-3/1
19	Anregung nach § 24 GO vom 31.08.2012 betr. Live-Übertragung von	464/2012-1

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	Rats- und Ausschusssitzungen	
20	Antrag der FDP-Fraktion vom 27.08.2012 betr. Gebäude- und Standortkonzept der Stadt Bornheim	450/2012-6/1
21	Gemeinsamer Antrag der FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 / Grüne und der CDU-Fraktion vom 03.12.2012 betr. Gebäude- und Standortkonzept der Stadt Bornheim	046/2013-6
22	Antrag der FDP-Fraktion vom 09.12.2012 betr. Gewerbesteuer für Kommunen mit Hochspannungsleitungen	026/2013-2
23	Antrag der SPD-Fraktion vom 17.12.2012 betr. Optimierung des Weihnachtsmarktes in der Königstraße in Bornheim	051/2013-1
24	Mitteilungen mündlich	
25	Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.12.2012 betr. Informationen über Asylbewerber/Asylbewerberinnen im Stadtgebiet	055/2013-5
26	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

Bürgermeister Wolfgang Henseler eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Bürgermeister zieht die Tagesordnungspunkte 18 und 19 und die Entgegennahme der Niederschrift Nr. 70/2012 vom 06.12.2012 zurück.

Der Rat beschließt auf Vorschlag des Bürgermeisters, die Tagesordnungspunkte 20 und 21 zusammen zu behandeln.

Stimmenverhältnis:
- Einstimmig -

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1-17, 20-26.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

VA Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Die gestellten Einwohnerfragen und die Antworten sind als Anlage der Niederschrift beige-fügt.

Anlagen siehe Seiten 14-15

3	Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 59/2012 vom 08.11.2012 und Nr. 70/2012 vom 06.12.2012	
----------	---	--

Beschluss

Der Rat erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 70/2012 vom 08.11.2012 keine Einwände.

- Einstimmig -

4	Bebauungsplan Ka 03 in der Ortschaft Kardorf; Aufstellungsbeschluss	023/2013-7
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Ka 03 in der Ortschaft Kardorf gemäß § 2 BauGB einzuleiten. Das Plangebiet wird im Nordosten durch die Blumenstraße (L 183), im Süden durch die Bebauung an der Travenstraße und der Straße Katzentränke und im Westen durch die Bebauung am Sankt-Josefs-Weg abgegrenzt. Ziel ist die Ausweisung eines neuen Wohngebietes,
2. die Einleitung des Verfahrens unter den im Sachverhalt dargestellten städtebaulichen Kenndaten zur Entwicklung des Neubaugebietes.

- Einstimmig -

(ohne Mitwirkung des RM Stüsser gem. § 31 GO.)

5	Bebauungsplan Bo 21 in der Ortschaft Bornheim, 2. Änderung; Einleitungsbeschluss	032/2013-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. gemäß § 13 BauGB ein vereinfachtes Verfahren zur 2. Änderung des Bebauungsplans Bo 21 in der Ortschaft Bornheim einzuleiten. Das Plangebiet liegt südlich der Straße In der Profffläche und ist derzeit als private Grünfläche festgesetzt,
2. gemäß § 13 Abs 2 Nr. 1 BauGB, von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs.1 und § 4 Abs. 1 BauGB abzusehen und den Bürgermeister damit zu beauftragen, die Planunterlagen für die Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB erarbeiten zu lassen.

- Einstimmig -

6	Bebauungsplan Bo 21, 1. Änderung in der Ortschaft Bornheim, Ergebnis der Unterrichtung der Öffentlichkeit; Offenlagebeschluss	395/2012-7
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. zu den während der Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 13 a Abs. 3 BauGB und den während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur 1. Änderung des Bebauungsplans Bo 21 die folgende Stellungnahme,
2. den vorliegenden Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Bo 21 einschließlich der vorliegenden textlichen Festsetzungen sowie der vorliegenden Begründung gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

- Einstimmig -

7	Bebauungsplan Nr. 101 D (Ortsteil Roisdorf); 4. Änderung; Einleitungsbeschluss, Beschluss zur Unterrichtung der Öffentlichkeit	067/2013-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt,

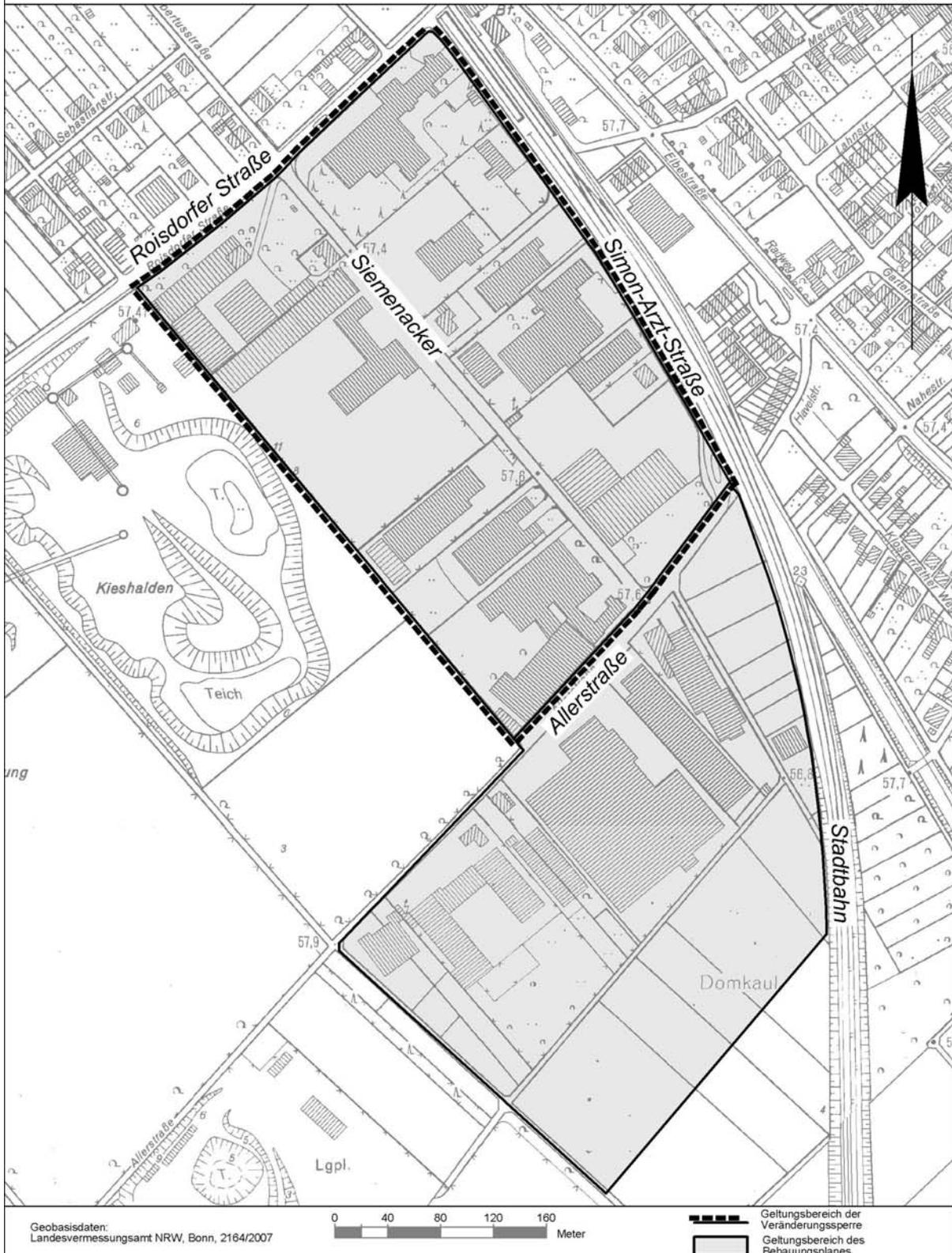
1. gemäß § 2 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB das Verfahren zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 101 D (Ortsteil Bornheim) einzuleiten. Das Plangebiet liegt zwischen der Straße Siefenfeldchen und der Stadtbahnlinie 18 (s. Anlage),

Übersichtskarte zur Veränderungssperre im Bebauungsplan He 29

In der Ortschaft Hersel



27.01.2011



- Einstimmig -

9	3. Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Bornheim	022/2013-1
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende

3. Satzung vom 24.01.2013 zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Bornheim vom 03.05.2004

Der Rat der Stadt Bornheim hat am 24.01.2013 aufgrund der §§ 69 ff. Aechtes Buch Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) - (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Juni 1990, BGBl. I S. 1163) in der z. Z. geltenden Fassung, des § 3 Abs. 2 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - AG-KJHG - vom 12. Dezember 1990 (GV. NRW. S. 664) in der z. Z. geltenden Fassung und des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein - Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Oktober 2012 ([GV. NRW. S. 474](#)), folgende 3. Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Bornheim beschlossen:

Artikel I

Die Satzung für das Jugendamt der Stadt Bornheim wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 3 wird nach Nr. 10 folgende neue Nr. 11 angefügt:
"ein Vertreter/eine Vertreterin des Jugendparlamentes an, der/die durch das Jugendparlament bestellt wird,"
2. In § 4 Abs. 3 Satz 4 wird die Verweisung auf "Nr. 3 bis 10" durch die Verweisung auf "Nr. 3 bis 11" ersetzt.

Artikel II

Diese Satzung tritt am 25.01.2013 in Kraft.

- Einstimmig -

10	Entwurf des Kreishaushaltes für die Jahre 2013/2014	028/2013-2
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.

- Einstimmig -

11	Haushaltsplanungsprozess 2014 ff.	016/2013-2
-----------	--	-------------------

Der Antrag der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion entsprechend dem Beschlusssentwurf abzustimmen, der Rat nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und beauftragt diesen, für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 einen Doppelhaushalt aufzustellen, wird mit einem Stimmenverhältnis von

20 Stimme/n für den Beschluss (SPD FDP, UWG, Breuer, van den Berg, BM)

22 Stimme/n gegen den Beschluss (CDU, B90/Die Grünen)

abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat beauftragt den Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2014 einen Haushalt aufzustellen.

- Einstimmig -

12	Aktuelle Situation im kommunalen Finanzausgleich	021/2013-2
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und beschließt, dass die Stadt Bornheim sich – wie bereits beim Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 – an der Verfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 beteiligt.

- Einstimmig -

13	Auswirkungen des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes auf das Finanz- und Rechnungswesen	024/2013-2
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.

- Einstimmig -

14	Gesamtschule Alfter / Dependance mit Gesamtschulen in Bonn oder Bornheim	056/2013-4
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. mit der Gemeinde Alfter keine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Ziel der Errichtung einer dreizügigen Dependance der Europaschule Bornheim im Gebäude der derzeitigen Hauptschule in Alfter-Oedekoven abzuschließen,
2. eine Kooperation mit der Europaschule Bornheim und dem Alexander-von-Humboldt-Gymnasium Bornheim für einen Übergang zu Abschlüssen im Sekundarbereich II bei Gründung einer weiterführenden Schule in Trägerschaft der Gemeinde Alfter anzubieten.

- Einstimmig -

15	Beteiligungsbericht 2011	027/2013-2
-----------	---------------------------------	-------------------

Beschluss:

Der Rat nimmt den Beteiligungsbericht 2011 zur Kenntnis.

- Einstimmig -

16	Zustimmung gemäß § 83 GO zur Leistung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen zur Gewährung eines Bau- und Betriebskostenzuschusses für den Bau eines Kunstrasenplatzes in Walberberg innerhalb der Produktgruppe 1.08.01 -Sport-	034/2013-1
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat erteilt für das Jahr 2013 seine Zustimmung gemäß § 83 GO NRW zu überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Umfang von 62.000 € (50.000 € Baukostenzuschuss; 12.000 € Betriebskostenzuschuss) innerhalb der Produktgruppe 1.08.01 – Sport –.

Die Deckung ist gewährleistet durch Minderaufwendungen und –auszahlungen innerhalb der Produktgruppe 1.16.01 – Allgemeine Finanzwirtschaft – in Höhe von 62.000 € Transferaufwendungen und –auszahlungen (Kreisumlage 2013 geringer als geplant).

- Einstimmig -

17	Ergänzungswahlen zu verschiedenen Ausschüssen	066/2013-1
-----------	--	-------------------

Die **Ratsmitglieder** wählen aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages

1. in den **Betriebsausschuss** zum Mitglied Herrn **Theo Geuer**, Sechtem, CDU-Fraktion, als sachkundigen Bürger anstelle des als Mitglied ausgeschiedenen sachkundigen Bürger Herrn **Peter Wirtz**,
2. in den **Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel** zur zusätzlichen stv. Sachkundigen Bürgerin Frau **Elka Walter**, Merten, CDU-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der CDU-Fraktion,
3. in den **Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel** zur zusätzlichen stv. Sachkundigen Bürgerin Frau Hildegard Helmes, Merten, CDU-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der CDU-Fraktion.
4. in den **Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel** zum zusätzlichen stv. Sachkundigen Bürger Herrn **Stefan Wicht**, Bornheim, Bündnis90/ Die Grünen, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen,
5. in den **Ausschuss für Sport und Kultur** zum Mitglied Herrn **Philipp Voigt**, SPD-Fraktion, als sachkundigen Bürger anstelle der als Mitglied ausgeschiedenen sachkundigen Bürgerin **Elisabeth Welteroth-Holthoff**.

- Einstimmig -

18	Anregung nach § 24 GO ohne Datum (Eingang 28.08.2012) betr. Störung der Nachtruhe im Bereich Parkplatz Friedrichstraße in Roisdorf	462/2012-3/1
-----------	---	---------------------

- abgesetzt -

19	Anregung nach § 24 GO vom 31.08.2012 betr. Live-Übertragung von Rats- und Ausschusssitzungen	464/2012-1
-----------	---	-------------------

- abgesetzt -

Die Tagesordnungspunkte 20 und 21 wurden zusammen behandelt und zusammen abgestimmt.

20	Antrag der FDP-Fraktion vom 27.08.2012 betr. Gebäude- und Standortkonzept der Stadt Bornheim	450/2012-6/1
-----------	---	---------------------

21	Gemeinsamer Antrag der FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 / Grüne und der CDU-Fraktion vom 03.12.2012 betr. Gebäude- und Standortkonzept der Stadt Bornheim	046/2013-6
-----------	---	-------------------

RM Kleinekathöfer stellt den Geschäftsordnungsantrag den Punkt 3 solange zurückzustellen, bis die Stellungnahme zu Punkt 2 vorliegt.

RM Koch spricht gegen den Antrag.

Der Geschäftsordnungsantrag des RM Kleinekathöfer den Punkt 3 zu vertagen, wird mit einem Stimmenverhältnis von

15 Stimmen für den Antrag (SPD, UWG, Breuer, van den Berg)

27 Stimmen gegen den Antrag (CDU, B90/Die Grünen, FDP)

01 Stimmenthaltung (BM)

abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat

1. beauftragt auf Antrag der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Bürgermeister, den Verkauf des südlichen Teils der Freibadwiese an einen privaten Investor, welcher Interesse an der Errichtung einer Einrichtung für gesundheitliche und soziale Zwecke hat, voranzutreiben. Der Verkaufswert des Grundstückes sollte dem Bodenrichtwert entsprechen,
2. beauftragt auf Antrag der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Bürgermeister, bei der Bezirksregierung kurzfristig zur Februarsitzung des HFWA eine Stellungnahme zur möglichen Rückforderung von Fördermitteln im Falle einer Verlagerung der VHS einzuholen,
3. verweist auf Antrag der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die folgenden Punkte zur Beratung und abschließenden Beschlussfassung an den HFWA:
 - 3.1 Der Rat beauftragt den Bürgermeister zeitnah zu prüfen, ob neben der Einrichtung eines 5- oder 6-gruppigen Kindergartens mit Familienzentrum ebenfalls die Volkshochschule sowie die Stadtbücherei auf dieser Fläche untergebracht werden können. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob Multifunktionsräume für die genannten Einrichtungen errichtet werden können, die auch durch die Musikschule als Unterrichts- und Proberäume genutzt werden könnten.
 - 3.2 Der Rat beauftragt den Bürgermeister, umgehend zu prüfen, ob die Einrichtung und der Betrieb der o.g. Einrichtungen durch die Stadt oder einen Investor wirtschaftlicher ist.
 - 3.3 Bei den Verhandlungen mit dem Investor oder Investoren sollte berücksichtigt werden, dass der Baumbestand auf dem Gelände weitestgehend erhalten bleibt. Zwischen den Gebäuden der Stadt und des privaten Investors soll eine Grünfläche entstehen, die als Außenbereich des Kindergartens, Mehrgenerationenplatz und kleine Parkanlage gestaltet wird.
 - 3.4 Der Rat beauftragt den Bürgermeister, ein Konzept zu erstellen, mit dem die gesamte Stadtverwaltung im direkten Umfeld des Rathauses konzentriert werden kann. Zu berücksichtigen ist dabei auch die anstehende Organisationsuntersuchung des Fachbereiches 4, in der dieser Aspekt mit untersucht werden sollte.
4. beauftragt auf Antrag der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Bürgermeister, die Kosten für eine externe Beratung zu den unter 3.) genannten Punkten zu ermitteln und dem HFWA drei alternative Deckungsvorschläge zu unterbreiten,
5. beauftragt auf Antrag der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Bürgermeister, mit dem Studentenwerk Bonn oder einem anderen geeigneten Investor über die Errichtung eines Studentenwohnheims auf der städtischen Fläche Adenauerallee/Bonner Straße zu verhandeln.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 1.:

-Einstimmig-

bei 5 Stimmenthaltungen (SPD tw., Breuer)

Abstimmungsergebnis zu Ziffern 2. und 5.:

-Einstimmig-

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 3.:

- 33 Stimme/n für den Beschluss (CDU, SPD tw., B90/Grüne, FDP, UWG, van den Berg)
- 8 Stimme/n gegen den Beschluss (SPD tw.)
- 2 Stimmenthaltung/en (Breuer, BM)

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 4.:

- 27 Stimme/n für den Beschluss (CDU, B90/Grüne, FDP)
- 16 Stimme/n gegen den Beschluss (SPD, UWG, Breuer, van den Berg, BM)

22	Antrag der FDP-Fraktion vom 09.12.2012 betr. Gewerbesteuer für Kommunen mit Hochspannungsleitungen	026/2013-2
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bornheim schließt sich der Resolution des Rates der Gemeinde Alfter zur Gewerbesteuer für Kommunen mit Hochspannungsleitungen an und spricht sich ebenfalls dafür aus, das Gewerbesteuergesetz dahingehend zu ändern, dass bei der Zerlegung der Gewerbesteuer von Energieunternehmen künftig auch Kommunen berücksichtigt werden, auf deren Gebiet sich Hochspannungsleitungen des Unternehmens befinden.

Der Rat beauftragt den Bürgermeister, diesen Beschluss an den Städte- und Gemeindebund, die Fraktionen des Deutschen Bundestages, das Finanzministerium NRW und das Bundesministerium für Finanzen zu übermitteln und um Unterstützung dieses Anliegens zu bitten.

- Einstimmig -

23	Antrag der SPD-Fraktion vom 17.12.2012 betr. Optimierung des Weihnachtsmarktes in der Königstraße in Bornheim	051/2013-1
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat beauftragt den Bürgermeister, Gespräche mit dem Gewerbeverein Bornheim zu führen mit dem Ziel, dass ein Konzept zur Optimierung des Weihnachtsmarktes in der Königstraße in Bornheim erarbeitet wird.

Abstimmungsergebnis

- 10 Stimme/n für den Beschluss (SPD tw., BM)
- 32 Stimme/n gegen den Beschluss (CDU, B90/Grüne, FDP, UWG, Breuer, van den Berg)
- 1 Stimmenthaltung (SPD tw.)

Der Beschluss ist damit abgelehnt.

24	Mitteilungen mündlich	
-----------	------------------------------	--

Mündliche Mitteilungen des Bürgermeisters betr.

1. Umweltsäuberungsaktion am 09. + 13.03.2013
2. betr. gestellte Anfragen aus vergangen Ratssitzungen
 - 2.1. von RM Heller betr. Einkaufsgenossenschaft KoPart
Die Kosten wurden mitgeteilt.
 - 2.2 von RM Heller betr. Ehrenamtskarte
Eine Änderung der Richtlinien wird erarbeitet und diese in Kürze mitgeteilt.
 - 2.3. von RM Feldenkirchen betr. Schulhof Merten
Nutzung des unteren Schulhofes kann weiter erfolgen. Die offizielle Benachrichtigung geht den Schulen schriftlich zu.

- 2.4. von RM Müller betr. Absperrung Talstraße
 In Abwägung der verschiedenen Interessen wird die dort vorhandene Sperrung aufrechterhalten.
 - Kenntnis genommen -

25	Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.12.2012 betr. Informationen über Asylbewerber/Asylbewerberinnen im Stadtgebiet	055/2013-5
-----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

26	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

von RM Siebert betr. Presseerklärung Schulministerin, Inklusion
 Teilt der Bürgermeister mit mir die Auffassung, dass hier in dem Fall das Konnexitätsprinzip erheblich verletzt wird?
 Welche zusätzlichen und laufenden Kosten entstehen und belasten dadurch unseren Haushalt?

Antwort:

Das Konnexitätsprinzip ist nicht gewahrt worden. Die finanziellen Folgen für die Kommunen als Schulträger wurden im vorliegenden Entwurf nicht berücksichtigt. Hierzu gibt es bereits eine umfassende Stellungnahme der Stadt Bornheim, sie liegt dem Schulausschuss vor. In Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden wird auf Änderung und Ergänzung des Gesetzesentwurfs hingewirkt. Die Anregungen und Anmerkungen aus der Stadt Bornheim haben Wirkung gezeigt. Das Gesetz ist zunächst zurückgezogen worden. Die Kompetenzzentren sollen anders beschrieben werden, als es bisher in dem Gesetz gestanden hat. Die Zahlengrenzen als Mindestgrößen für Förderschulen sind ebenfalls in der Diskussion. Es gibt eine Zusicherung der Landesregierung, dass die Anmerkungen aus den Kommunen bei der Neuerstellung eines Referentenentwurfs berücksichtigt werden.

von RM Heller

Kann zukünftig sichergestellt werden, dass die Erdgeschossstage bei Sitzungen beleuchtet ist?

Antwort:

Wir werden nochmals alle darauf hinweisen, inklusive Reinigungsdienst, dass während der Sitzungen die Lichter an bleiben.

von RM Hanft betr. Grundsicherung im Alter bzw. explodierende Soziallasten für die Kommunen

Kann die Verwaltung abschätzen, welche positiven Auswirkungen das auf den Kreis und die Kommunen haben wird?

Antwort:

Das kann im Moment nicht geklärt werden. Die Verwaltung wird die Entwicklung dieser Kosten und das Durchreichen von Ersparnissen auf den anderen Ebenen sehr genau beobachten.

Der Kreis hat auf Nachfrage mitgeteilt, dass dies nicht berechnet werden könne, eine Absenkung der Kreisumlage aber unwahrscheinlich sei, da die Einsparungen durch andere Ausgabensteigerungen kompensiert würden.

von RM Knott betr. schriftlich übermittelte Anfrage von RM Koch bezüglich Rundfunkbeiträgen

Wie hoch war der Rundfunkbeitrag für die Stadt Bornheim und den SBB im Jahr 2012 und wie hoch wird der Beitrag für beide Körperschaften im Jahr 2013 sein?

Antwort:

Es wurden schon Gespräche diesbezüglich mit den Ländern geführt.

Es sollte keine einseitigen und ungerechten Mehrbelastungen geben. Für uns ist das derzeit der Fall. Es liegen noch nicht alle Beitragsbescheide vor und damit noch liegt uns noch kein Gesamtbild vor. Die Kindertageseinrichtungen waren bisher gebührenfrei. Für 2013 fallen etwa 2.000 Euro an, in den Schulen waren es 2012 26.000 Euro und 2013 ca. 28.500 Euro. Die Verbundschule war bisher gebührenfrei. Für das Rathaus und die Außenstellen liegen noch keine Gebührenbescheide vor. Bisher wurden 423 Euro gezahlt, vermutet wird, dass es ein Mehrfaches werden wird. Beim Stadtbetrieb waren es 2012 345 Euro und für 2013 3.945 Euro (Wasserwerk ca. 600-700 Euro). In der Summe haben wir, ohne dass wir die Höhe der Gebühren für das Rathaus und Außenstellen wissen, bereits eine Steigerung von knapp 30%. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden soll auf den Gebührenverursacher eingewirkt werden, damit es hier nach Möglichkeit eine Veränderung gibt.

von RM Siebert betr. Steuer auf Mobilfunkanlagen (Stadt Remscheid)

Gibt es diesbezügliche Überlegungen auch bei der Stadt Bornheim um den Etat etwas zu verbessern?

Antwort:

Es wird alles beobachtet, was zur Haushaltsverbesserung dient und Entwicklungen, die sich in diesem Bereich auf tun, werden sehr genau beobachtet. Wenn das für die Stadt Bornheim eine mögliche Einnahmemöglichkeit ist, wird dies geprüft und dem Rat mitgeteilt.

Ende der Sitzung:20.55 Uhr

gez. Wolfgang Henseler
Bürgermeister

gez. Petra Altaner
Schriftführung

Theo Hopstein
53332 Bornheim Aegidiusstrasse 04
02222-8751 theodor.hopstein@freenet.de

Stadt Bornheim
Postfach 11 40
53308 Bornheim

Stadt Bornheim
04. JAN. 2013

20.12.2012

Einwohnerfragestunde am 24.01.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

Korruption ist der Mißbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil .Leider wird der Begriff im Strafrecht nicht erläutert.

Mit Schreiben vom 10.12.2012 wurde mir die Antwort des Bürgermeisters auf meine Fragen vom 28.11.2012 mitgeteilt. Ich hätte hierzu gerne Zusatzfragen gestellt, konnte dies jedoch nicht, weil ich vorher in keiner Weise darüber unterrichtet worden bin.

Ich bitte deshalb, mir in der Sitzung am 24.01.2013 folgende Zusatzfragen zu beantworten:

Sie halten die jetzige rechtliche Regelung für sinnvoll und vermissen eine Sanktionsmöglichkeit bei Pflichtverletzung durch den Auskunftspflichtigen nicht.

Der Landtag hat mit dem Gesetz erst einen kleinen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Halten Sie diesen Schritt für ausreichend?

Befürworten Sie weiterhin keine Sanktionsmöglichkeiten?

Entfaltet die Meldepflicht auch bei denjenigen eine wichtige präventive Wirkung, die eine Transparenz scheuen?

Für eine Veröffentlichung meiner Fragen mit Angabe des Namens habe ich keine Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen



Antwort:

Wie bereits in der Sitzung des Rates am 06.12.2012 ausgeführt, leistet die Veröffentlichungspflicht nach § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz nach Auffassung des Bürgermeisters einen wichtigen Beitrag zu mehr Transparenz in Politik und Verwaltung. Sie entfaltet [die von ihr](#) beabsichtigte präventive Wirkung. Der Landesgesetzgeber hat darauf verzichtet, eine [spezielle](#) Sanktionsmöglichkeit in das Gesetz aufzunehmen. Die Änderung von Landesgesetzen ist keine Angelegenheit der Stadt; zuständig ist das Land NRW.

Zusatzfragen:

1. Sieht der Bürgermeister das nicht ähnlich, dass das Gesetz nicht wirksam ist?

Antwort:

In der Einwohnerfragestunde sollten vor allem Dinge besprochen werden, die die Stadt Bornheim betreffen. Bei diesem Gesetz handelt es sich um ein Landesgesetz. Der Landesgesetzgeber hat dies so geregelt. Dazu kann jeder eine persönliche Meinung haben. Der Bürgermeister hat das Gesetz umzusetzen und es wird für geeignet gehalten, für mehr Transparenz zu sorgen, wie dies die Veröffentlichungen auf der Internetseite der Stadt Bornheim zeigen.

2. Hat der Ehrenbürgermeister (sachkundiger Bürger) die beratende Tätigkeit dem Landrat gemeldet, oder kann dazu nichts gesagt werden? Sachkundige Bürger müssen diese Tätigkeiten angeben und es findet sich diesbezüglich kein Eintrag. Damit hat er gegen das Gesetz verstoßen.

Sieht der Bürgermeister das auch so?

Antwort:

Dem Bürgermeister fehlen da die Informationen, um dazu etwas sagen zu können. Als Bürgermeister können nur alle Ratsmitglieder, sachkundige Bürger/Einwohner und stv. sachkundige Bürger/Einwohner aufgefordert werden, ihre Informationen abzugeben. Der Bürgermeister ist aber nicht in der Lage, dieses dann zu überprüfen. Jeder Einwohner hat die Möglichkeit, dies auf der Internetseite der Stadt Bornheim anzusehen und kann dann eigene Schlüsse ziehen und das bewerten.

Der Bürgermeister bietet, betr. weiterer Zusatzfragen, ein persönliches Gespräch an.